

Udo E. Simonis

Zur Situation der Umweltpolitik-Forschung in Deutschland*

Frohe Erwartung, böses Erwachen

Umweltpolitik-Forschung: status

Umweltpolitik-Forschung: quo vadis?

Schlussfolgerungen und Forderungen

- Vortrag bei der Tagung des Arbeitskreises Umweltpolitik der Deutschen Vereinigung der Politischen Wissenschaft, am 10. Februar 2014 in Berlin

Frohe Erwartung ...

Weil ich Sie allzu sehr provozieren könnte, mit dem was ich zur Umweltpolitik-Forschung sagen will, könnte es pazifizierend wirken, mit etwas Erfreulichem zu beginnen.

Das letzte Jahr hat in Deutschland Erinnerungen an große Vordenker und Vorreiter der Ökobewegung wachgerufen:

- an Carl von Carlowitz, der vor 300 Jahren erstmals Nachhaltigkeit definierte,
- an das „grüne Genie“ Alexander von Humboldt,
- an den Visionär Robert Jungk, dessen Geburtstag sich zum hundertsten Male jährte,
- an den Nachklang zum Nobelpreis an Elinor Ostrom,
- mit der Neuauflage von Klassikern wie Rachel Carson und E.F. Schumacher.

... und böses Erwachen

Das Erwachen in der realen Welt der deutschen Umweltpolitik folgte aber auf dem Fuße. Für mich war's das 23:10:1 Debakel:

23 Seiten des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD waren der Wirtschaft (Wachstum, Technik), 10 Seiten dem Sozialen (Renten, Integration) und 1 Seite der Umwelt gewidmet – kein überzeugendes Beispiel eines Drei-Säulen-Modells nachhaltiger Entwicklung. Im Vertrag ist viel vom Wirtschaftsstandort Deutschland die Rede, doch nicht vom Umweltstandort. Die Große Koalition führte auch nicht zu einem eigenständigen Energieministerium - wofür Claudia Kemfert so vehement plädiert hatte – und nicht zu einer Stärkung der genuin umweltpolitischen Kapazitäten des Bundesumweltministeriums (BMU), weil dessen Zuständigkeit um zwei imminent umweltrelevante Politiksektoren, Bauen und Wohnen, ergänzt wurde – und so vom BMU zum BM-UB mutierte.

Ich will hier nichts weiter zur neuen Bundesregierung sagen als das: Eine durchgreifende Ökologisierung des Regierungshandelns stelle ich mir anders vor.

Hier und heute soll es um Stand und Entwicklung der Umweltpolitik-Forschung (nicht der Lehre, ein Thema für sich) in Deutschland gehen – um den *status* und das *quo vadis*.

Umweltpolitik-Forschung: status

„Forschung ist das, was Forscher tun“ – so heißt es gelegentlich in simpler Vereinfachung und eitler Übertreibung der gesetzlich garantierten Forschungsfreiheit. Ist Umweltpolitikforschung also einfach das, was Umweltforscher tun?

In beiden Fällen muss man, wer würde da widersprechen wollen, ergänzend hinzufügen: Forschung ist das, was Forscher tun können und dürfen! Nur wenn man diese Bedingung mitbedenkt, kann man erklären, warum es in Deutschland zu dem “Patchwork an Umweltforschung“ gekommen ist, das wir heute vorfinden.

Die *Universität* war und ist bei deren Entwicklung nicht die treibende Kraft gewesen, eher schon die *Politik* und der *Markt*.

Als die Umweltprobleme der Industriegesellschaft unübersehbar geworden waren, musste notgedrungen Bedarf an Umweltforschung entstehen – als Folge des Protests gegen bestimmte Aktivitäten und/oder als Antwort auf das Defizit an angemessenen Steuerungskapazitäten. So entstand die bürgerschaftliche, außeruniversitäre Umweltforschung.

Im Jahre 1977 wurde das Öko-Institut gegründet, später dann das UfU (1990), das WI (1991), das Ecologic (1995) und Institute wie ifeu, IÖW, ISOE, IZT, NOVA und andere, die ein buntes Bild der Forschungslandschaft entstehen ließen. Nicht alle dieser Initiativen haben gut überlebt, aber Zähigkeit und kluges Management sorgten dafür, die vorhandenen Nischen zu erkennen und zu besetzen.

Georg Picht von der FEST hatte schon in den 1960er Jahren ein Gutachten zu der Frage erstellt, wie die Forschungseinrichtungen des Bundes zu einer koordinierten ökologischen Forschung beitragen könnten, doch zu einer Umsetzung seiner Vorschläge kam es nicht. Der Bund hatte aber sehr wohl begriffen, dass Umweltprobleme Indikatoren von Desintegration sind – und so stieg er in die Aufgabe der Integration ein, mit der Gründung entsprechend mandasierter Institutionen: 1971 mit der Gründung des SRU ein, dem dann die Einrichtung des UBA (1974), des IIUG (1977), des WGBU (1992) und des TAB (1993) folgten. Und als es galt, das Geschenk der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gut zu positionieren, machte man mit UFZ (1991) und PIK (1992) Forschungsstandortpolitik – verstärkt (2009) durch die Gründung des IASS.

Dennoch, und das ist eine erste Schlussfolgerung: Eine echte Parität zwischen Wirtschafts- (und Technik-) forschung einerseits und Umweltforschung andererseits ist daraus nicht entstanden – auch keine Kooperation im Sinne der Integration.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute liefern in schöner Regelmäßigkeit ihre - ökologisch vielfach blinden – Gutachten ab, der Jahresbericht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – den man die „Fünf Weisen“ nennt – muss, nach der Satzung im Bundestag diskutiert werden.

Die Umweltforschung ist demgegenüber benachteiligt. Ihre Gutachten können, müssen aber nicht im Parlament diskutiert werden. Dabei sind die Umwelträte sehr fleißig und höchst innovativ. Die sieben Mitglieder des SRU haben seit 1971 im Zwei-Jahres-Rhythmus Hauptgutachten vorgelegt - neben zahlreichen Sondergutachten, Stellungnahmen, Kommentaren und Materialien - bevor man dann auf einen Vier-Jahres-Rhythmus umschwenkte. Die öffentliche Wahrnehmung der Umweltpolitikberatung aber lässt zu wünschen übrig. Als zum Beispiel das Thema „Energiewende“ die Talkshows beherrschte, wurde kein SRU-Mitglied dazu eingeladen, obwohl das SRU-Gutachten das Feinste war, was man zur Frage „100 % Erneuerbar“ finden konnte. Der Ahnungslosigkeit der Macher öffentlicher Medien muss man also unbedingt begegnen – durch Erweiterung der Öffentlichkeit öffentlich geförderter Umweltforschung. Dass wir die Energiewende, die weltweit neugierig beäugt wird, ganz wesentlich der Vorarbeit vieler Umweltforscher (insbesondere auch dem Öko-Institut) verdanken, wäre ein weiteres Beispiel.

Die neun Mitglieder des WBGU haben seit 1992 insgesamt 14 Hauptgutachten über den Globalen Wandel (alle auch in Englisch), 8 Sondergutachten und eine Reihe von Politikpapieren publiziert. Das Hauptgutachten über die „Große Transformation“ rief zu einem neuen Gesellschaftsvertrag und zu großangelegter Transformationsforschung auf – und erzielte weltweit große Resonanz (insbesondere auch bei den UN).

Doch trotz all dieser bemerkenswerten Forschungs- und Anregungsleistungen ist es nicht üblich geworden, SRU und WBGU die „Öko-Weisen“ zu nennen – was allerdings nicht wirklich wichtig sein mag. Aber dass im Koalitionsvertrag das Thema Große Transformation faktisch keine Rolle spielt, besagt etwas. Den Integrationsleistungen und

forschungsstrategischen Anregungen des SRU und WBGU mehr fachöffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, auch auf Veranstaltungen wie dieser, sollte eine Verpflichtung der universitären Wissenschaft – von uns hier – sein.

Hans Thie glaubt zu wissen, weshalb der erwünschte große gesellschaftliche und politische Erfolg von SRU und WBGU sich letztlich nicht einstellen kann (Thie 2013): Man denke zwar in Grün, aber nicht in Rot; die Umwelt und die Welt seien im Wandel und verlangten nach mehr Grün – doch die Machtfrage stelle man nicht...

Wie politisch Wissenschaft sein darf, ist aber, wie wir alle wissen, strittig. Weshalb es wichtig ist darüber zu reflektieren, wie wissenschaftliche Politikberatung politisch wirken kann, ohne offensichtlich politisch zu erscheinen.

Vielleicht ist auch die überbordende Themenvielfalt und die Schwierigkeit der Kommunikation ein Kernproblem der Umweltpolitik-Forschung: Der SRU listet 22 Themen auf seiner Webseite. Das UBA ist bescheidener und nennt nur 10 Themen, ist aber mächtig stolz auf seine 1.500 Mitarbeiter. Das TAB sieht in seiner Blackout-Studie von 2011 - die Nr. 33 der TAB-Studienreihe - seinen bisher größten Erfolg....

Worin die Wirksamkeit der (staatlich geförderten) Umweltforschung letztlich besteht, in momentaner medialer Sichtbarkeit oder in grundlegenden, langfristigen Strömungen, ist aber schwer zu bestimmen. Immerhin, Christian Hey, der Generalsekretär des SRU glaubt herausgefunden zu haben, dass im Bundestag der SRU öfter zitiert worden sei als die sog. fünf Wirtschaftsweisen (vgl. Koch & Hey 2009).

Es ist offensichtlich, dass die Frage ihrer empirischen Wirksamkeit eine eminent wichtige Aufgabe für die Umweltforschung selbst sein sollte. Dem geht zurzeit ein Forschungsprojekt nach, das am Ecologic Institut angesiedelt ist und von der DBU gefördert wird. Es geht dabei um „oral history“, die Nacherzählung (*narration*) der Anfänge der Umweltpolitik-Forschung in Deutschland durch ausführliche, öffentlich zugängliche Interviews mit Zeitzeugen (siehe Ecologic Webseite).

Auch andere außeruniversitäre Forschungsaktivitäten waren und sind erfolgreich, hatten aber wenig Wirkung. Um nur drei davon zu nennen:

- Die VDW lud im Jahre 1999 eine Reihe von Experten verschiedener Disziplinen dazu ein, das Themenfeld „Global Change – Globaler Wandel“ zu skizzieren. Aus einer Tagung entstand ein umfangreicher Ergebnisband (Kreibich & Simonis 2000), der aber keine nachweisbare Wirkung im Sinne institutioneller Innovation hatte.
- Das „JAHRBUCH ÖKOLOGIE“ erscheint demnächst in 24. Folge. Es hat in diesen Jahren 772 Autorinnen und Autoren aktiviert und ökologisch sensibilisiert - alte Hasen und viele junge Hüpfen. Doch das Buch wird viel zu wenig gelesen und in seiner Funktion als Vademecum der Umweltforschung zu wenig genutzt.
- Dann gibt es da auch noch den jährlichen, sündhaft teuren DBU-Umweltpreis, mit dem Politik gemacht und Wirtschaft befördert wird, der aber bisher die Sozialwissenschaftler regelrecht missachtet hat.

Umweltpolitik-Forschung: quo vadis?

Nach dieser argen Polemik sollte ich nun wohl auf die universitäre Umweltwissenschaft – und damit auf uns selbst – zu sprechen kommen.

Es gab schon recht früh in der Umweltdebatte Versuche, sich auf eine angemessene, konstruktive Definition des Umweltpolitikbegriffs zu verständigen. Schon im ersten Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 findet sich eine Definition:

„Umweltpolitik ist die Gesamtheit aller Maßnahmen, die notwendig sind, um dem Menschen eine Umwelt zu sichern, wie er sie für seine Gesundheit und eine menschenwürdiges Dasein braucht, um Boden, Luft und Wasser, Pflanzen- und Tierwelt vor nachteiligen Wirkungen menschlicher Eingriffe zu schützen und um Schäden und Nachteile aus menschlichen Eingriffen zu beseitigen“.

Diese Begriffsfassung mag vielen als allzu anthropozentrisch vorgekommen sein. Im IIUG-Forschungsprogramm von 1982 findet sich eine anders gerichtete Definition:

„Umweltpolitik läßt sich definieren als Gesamtheit der Ziele und Maßnahmen gesellschaftlicher Akteure, die den Umgang der Gesellschaft mit der Umwelt als natürlichem System regeln; sie hat Sanierungs-, Erhaltungs- und Gestaltungsaspekte.

Da die Gesellschaft in ihrer Existenz letztlich von der natürlichen Umwelt und ihren Ressourcen abhängt, deckt Umweltpolitik prinzipiell alle Regeln ab, die den Umgang des Menschen mit der Natur zum Inhalt haben“.

Die umweltpolitische Praxis ist solch weiten Begriffsfassungen nicht gefolgt, weder der einen, noch der anderen Fassung. Aber auch die umweltpolitische Forschung nicht, wie ich meine. In Deutschland dürfte sich heute jedenfalls kein so oder ähnlich angelegtes Forschungsprogramm finden lassen.

Es ist nicht nur der vielfach beobachtbare Stolz des einzelnen Forschers und das oft bemühte Alleinstellungsmerkmal der eigenen Institution, die dem entgegenstehen. Der Objektbereich der praktischen Umweltpolitik betrifft meist nur einen Teil der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur. Umweltpolitik wurde lange und wird immer noch nicht als integrative, sondern als medien-spezifische Politik verstanden, als Politik der Luft- und Wasserreinhaltung, des Lärmschutzes, der Abfallbeseitigung usw. – und der Sanierungsaspekt stand und steht dabei im Vordergrund.

Schwerpunkte der Forschung ändern sich gelegentlich im Zeitablauf aber mit der Lösungserwartung. Wer zum Beispiel die Misere der internationalen Klimapolitik verfolgt und analysiert, wird leicht von der notwendigen Doppelstrategie von Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel abrücken - wird *mitigation* als eher utopische und *adaptation* als einzig realistische Strategie ansehen....

Am IIUG war die Forschung auf einen interaktiven Quadranten hin ausgerichtet: (1) Umweltinformation und Umweltberichterstattung; (2) Verhaltensforschung (Konsum und Innovationen); (3) Umweltpolitik-Evaluation und (4) Ökologisierung umweltrelevanter Sektoren (wie Landwirtschaft, Industrie, Energie, Verkehr, Außenhandel).

Diesen systematischen Ansatz konnte man am WZB nicht fortführen, weil die damalige Grundphilosophie des Hauses dem entgegenstand: Das Ideal war eine auf nur fünf Jahre begrenzte Forschungsthematik (Institut); nur eine Forschungsprofessur Umweltpolitik wurde weitergeführt.

Dass man die Umwelt nicht in kurzer Zeit sanieren kann, hätte andere Institute auf die Idee bringen müssen, ein solch multiples Programm (von Informations-, Verhaltens- und Akteursforschung) zu betreiben (was das WI zumindest in Teilen gemacht hat), zumal es alle wichtigen Kriterien guter Forschung begünstigt: theoretisch interessante, empirisch relevante und aktuelle Forschung - auf Basis eines multidisziplinären und international vernetzten Ansatzes.

Einige Schlussfolgerungen

Ich begrenze meine Schlussfolgerungen auf die Universitäten – lasse die Fachhochschulen also bewusst außen vor, weil dort viel geschehen ist, wenn auch meist nur im naturwissenschaftlichen Bereich.

Ich möchte mit einem (gewagten) Zitat beginnen. Es entstammt dem Ergebnisband der ersten Umwelt-Ringvorlesung an einer deutschen Universität – der FU Berlin – im Jahre 1984, die zu organisieren der damalige Präsident drei Professoren gebeten hatte (Jänicke, Simonis & Weigmann 1985). Darin heißt es:

„Die Wissenschaften haben in eklatanter Weise vor der Umweltproblematik versagt. Die Universitäten nehmen das Bedürfnis nach ökologisch orientierter Forschung und Lehre nur unzureichend wahr; sie sind die Nachhut, nicht die Vorhut der öffentlichen Meinung. Während man ihnen in den 60er Jahren mangelnde gesellschaftliche Relevanz vorgeworfen hat, ist heute ihre ökologische Ignoranz zu beklagen“.

Die Kritik an einzelnen Wissenschaften und ihren Vertretern war noch drastischer. Da sei

- der Ökonom, der zu wenig von der Natur, nicht viel vom Menschen, kaum etwas von der Geschichte verstehe und auch keine Idee davon habe, wie die Welt eigentlich aussehen solle;
- der Ökologe, der zwar die ökologischen Systemzusammenhänge betone, aber deren Interaktion mit den sozialen Systemen außer acht lasse;
- die Jurisprudenz, deren „Augenbinde“ angesichts der Umweltzerstörung befremdlich anmute;
- der Politologe, der seine potentielle Stärke als Spezialist für Gesamtzusammenhänge nicht nutze;
- und schließlich die teils sträfliche Vernachlässigung der Fragen der Sozial- und Umweltverträglichkeit naturwissenschaftlicher Forschung und Entwicklung.

Ob eine solch harsche Kritik an den Universitäten auch heute noch zulässig wäre, möchte ich zur Diskussion stellen. Fragt man – etwas diplomatischer formuliert - nach den Ursachen dafür, dass trotz unverkennbar großer Umweltprobleme vieles an den Universitäten auch heute noch nicht so ist, wie es sein sollte, so erscheinen zwei konstitutive Elemente der Universität aus ökologischer Sicht als besonders problematisch:

- das (missverstandene) Postulat der Werturteilsfreiheit und

- die inneruniversitäre Spezialisierung und Vereinzelung.

Hinsichtlich des Postulats der Werturteilsfreiheit wird meist gedankenlos darüber hinweggesehen, dass dieses Postulat selbst ein Werturteil ist. Im Umweltdiskurs geht es letztlich um Fragen der Bewahrung und der Transformation, ökologisches Denken und Handeln sind nicht wertfrei. Auch in der Umweltforschung geht es um Wissenschaft, welche Werturteile voraussetzt, um so geleitet forschen zu können. Pervertiert man das Postulat der Werturteilsfreiheit aus Gedankenlosigkeit zum Postulat der Wertneutralität, so macht das die Universitäten leicht zu Mithelfern beim Wettlauf um Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung – und blind für die ökologische Herausforderung. Selbstkritik ist und muss immer wieder eine eigentliche Leistung der Wissenschaft sein.

Dagegen kommt häufig der Verdacht auf, dass es sich bei Academia um ein hierarchisch-bürokratisches System handeln könnte, in dem – feudalen Gesellschaften ähnlich – die Erbfolge in Schulen organisiert und entsprechend innovationsfeindlich strukturiert ist. Dass in der so genannten Exzellenzinitiative der deutschen Wissenschaft nicht ein einziges anspruchsvolles Umweltforschungsprogramm gefördert wurde, ist meines Erachtens ein Skandal. Es ist aber auch die erwartbare Konsequenz der Bewertungskriterien bei der Forschungssteuerung. Noch stellt die (betroffene) Öffentlichkeit, die die Wissenschaft letztendlich finanziert, nicht die naheliegenden Fragen: Wie will man exzellent sein oder sich so nennen, wenn solch fundamentale Fragen wie der Klimawandel, der Biodiversitätsverlust, die Wasserproblematik, der industrielle Metabolismus, die globale Transformation nicht in den Blick genommen werden – weder von den Antragstellern noch von den Geldgebern?

Nun ist seit 1985 natürlich Einiges geschehen. Eine Fakultät Umweltwissenschaften – vergleichbar denen in Amerika, Skandinavien und Asien - gibt es in Deutschland nicht. Es gibt aber eine Fakultät Nachhaltigkeit (vormals Fachbereich Umweltwissenschaften) an der Universität Lüneburg, eine Fakultät für Umwelt und Natürliche Ressourcen an der Universität Freiburg. Es gibt größere Umweltinstitute in Berlin (ffu) und München (RCC), interdisziplinäre Ökologische Zentren, wie in Freiberg, und es gibt einzelne Umweltprofessuren unterschiedlicher Ausrichtung (Ökonomie, Management, Soziologie, Technik). (Eine vollständige

Bestandserhebung wäre empfehlenswert, konnte für diesen Vortrag aber nicht geleistet werden).

Wäre jedoch der Nobelpreisträger Paul J. Crutzen hier unter uns, würde er sogleich anmerken (vgl. Crutzen 2002): Wir wissen heute viel mehr über den globalen ökologischen Fußabdruck und wissen somit besser als damals, dass eine neue geochronologische Epoche - das „Anthropozän“ – begonnen hat, in der der Mensch zum wichtigen Einflussfaktor auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf dem Planeten Erde geworden ist (Ehlers 2008). Was zu der Frage führt: Ist die deutsche Umweltwissenschaft schon auf das Anthropozän eingestellt?

Dass die deutsche Umweltpolitik-Forschung über Jahre einen erheblichen *brain drain* erlitten hat, bedaure ich sehr. Was aber müsste an den Universitäten geschehen, diese Entwicklung umzukehren, diesen Verlust an Kapazität und Kompetenz wieder gut zu machen?

Organisatorisch hat sich natürlich auch Einiges getan: Nicht nur, dass es den Arbeitskreis Umweltpolitik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gibt. In der Vereinigung der mehr als 3 000 deutschsprachigen Ökonomen gibt es einen Ausschuss Umwelt- und Ressourcenökonomie; er besteht zurzeit aus 69 Professoren, doch nur 10 von ihnen haben einen mehr oder weniger strikt formulierten Umweltauftrag.

Dass in den letzten Jahren unter dem Stichwort Nachhaltigkeit verschiedene Netzwerke entstanden sind - wie zum Beispiel Ecornet, NaWis-Runde, ForschungsWende - werden viele gewiss als erfreulich erachten. Der Nachhaltigkeitsdiskurs darf aber nicht, darin sehe ich eine Gefahr, zu einer Flucht vor der Stringenz ökologischen Denkens und Handelns führen. Auch Wissenschaftler, nicht nur Politiker, sind gelegentlich wahre Künstler im Erfinden besänftigender, verharmlosender Begriffe. Das „Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit“ kann zu arg schrägen Gebilden führen, wenn die Säulen unterschiedlich stark und lang sind....

Ein inhaltliches Fazit ...

Es gab und gibt in der Umweltpolitik-Forschung in Deutschland viel Separatismus, zu viele Insellösungen, zu wenig organisierte Kooperation. (Vielleicht ließe sich zusätzlich auch behaupten, dass dabei allzu oft Kurzfristigkeit über Langfristigkeit gesiegt hat). Ein internationaler Vergleich der Umweltpolitik-Forschung, den es bisher in überzeugender

Form nicht gibt, müsste dennoch für Deutschland nicht unbedingt schlecht ausfallen, würde aber gewiss zahlreiche defizitäre Punkte aufzeigen.

In zwei internationalen Ranking-Projekten lassen sich erste, ansatzweise Antworten auf diese Frage finden:

Bei den TOP 70 Environment Think Tanks des letzten „Global Go To Think Tanks Report“ liegen das Ecologic-Institut auf Rang 10, das PIK auf 12, das UFZ auf 14, das WI auf 41 und das Öko-Institut auf Rang 49.

Das „QS-World University Ranking 2013“ führt das Subject Environmental Science nur in der Kategorie Natural Sciences auf. Von den dort weltweit erfassten 201 Universitäten landet die TU München auf Rang 124, die LU München auf 159, die RWTH Aachen auf 165 und die Universität Bremen auf Rang 178.

Neben solchen (nicht unstrittigen) Wertungen gibt es aber auch die individuellen, persönlichen Erfahrungen und Erwartungen. Ich selbst warte zum Beispiel seit Jahren auf die Nachricht, dass eines der erstellten großen Gutachten, wissenschaftlichen Werke oder internationalen Berichte ein Semester lang an einer deutschen Fakultät oder an einem deutschen Umweltinstitut kritisch disputiert wird – etwas, was an der Harvard University öfter geschieht. Ich fände auch das „D & D-Projekt“ in den USA nachahmenswert – das jährliche, mehrtägige Treffen der Deans and Directors der Umweltfakultäten und Umweltinstitute. Während dort inzwischen mehrere hundert Menschen zusammentreffen, wären es in Deutschland aber vorerst wohl nur ein Dutzend.

... und ein literarisches Fazit

Damit dann noch ein Letztes: In der deutschen Umweltpolitikdebatte gab und gibt es viele verspätete Monologe, zu wenig frühzeitige Dialoge. Günter Kunert, der literarische Feingeist beschrieb das Dilemma in seinen „Verspäteten Monologen“ so (Kunert 1981):

„Wissen ist auch Ohnmacht. Über uns selber wissen wir schon zu viel. So sind uns unsere Schwächen vertraut – und damit verzeihlich geworden“.

Carl Amery, der sprachgewaltige Bajuware und Romancier wollte, dass aus der Ökologie die „Leitwissenschaft der neuen Zeit“ werde – um so zu mehr präventiver Umweltpolitik beizutragen (vgl. Amery 1985). Das könnte

vielleicht helfen, dass wir nicht in die Falle geraten, die ein anderer Denker (wer war's?) so formuliert hat:

„Möge es uns nicht so ergehen, dass wir zwar erfolgreich waren, aber keine Wirkung hatten!“

Literatur

Amery, Carl: Die ökologische Chance. München: Süddeutscher Verlag 1985.

Crutzen, Paul J.: Geology of Mankind. In: Nature 415, 2002, S. 23.

Ehlers, Eckart: Das Anthropozän. Die Erde im Zeitalter des Menschen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2008.

Jänicke, Martin, Udo E. Simonis & Gerd Weigmann (Hg.): Wissen für die Umwelt. 17 Wissenschaftler bilanzieren. Mit einem Geleitwort von Robert Jungk. Berlin, New York: de Gruyter Verlag 1985.

JAHRBUCH ÖKOLOGIE 1992-2014: München: C.H. Beck Verlag 1991-2007; Stuttgart: S. Hirzel Verlag 2008-2013.

Jungk, Robert: Das Sonnenbuch. Bericht vom Anfang einer neuen Zukunft. Salzburg: Otto Müller Verlag 2013.

Koch, Hans-Joachim & Christian Hey (Hg.): Zwischen Wissenschaft und Politik. 35 Jahre Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Berlin: Erich Schmidt Verlag 2009.

Kreibich, Rolf & Udo E. Simonis (Hg.): Global Change – Globaler Wandel. Ursachenkomplexe und Lösungsansätze. Causal Structures and Indicative Solutions. Berlin: Berlin Verlag 2000.

Kunert, Günter: Verspätete Monologe. München: Carl Hanser Verlag 1981.

Simonis, Udo E. (Hg.): Vordenker und Vorreiter der Ökobewegung. 40 ausgewählte Porträts. Stuttgart: S. Hirzel Verlag 2014.

SRU: Verantwortung in einer begrenzten Welt. Umweltgutachten 2012. Berlin: Erich Schmidt Verlag 2013.

SRU: Wege zur 100% erneuerbaren Stromversorgung. Sondergutachten. Berlin: Erich Schmidt Verlag 2011.

Thie, Hans: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. Hamburg : VSA Verlag 2013.

WBGU: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. World in Transition. A Social Contract for Sustainability. Berlin: WBGU 2011.

Glossar

DBU: Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Osnabrück

Ecologic: Ecologic Institut, Berlin

FEST: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg

ffu: Forschungszentrum (vormals: Forschungsstelle) für Umweltpolitik, Berlin

IASS: Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam

ifeu: Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg

IIUG: Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, Berlin

IÖW: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin

ISOE: Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt am Main

IZT: Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin

NOVA: nova-Institut, Hürth

ÖKO-Institut: Institut für angewandte Ökologie, Freiburg, Darmstadt, Berlin

PIK: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam

RCC: Rachel Carson Center for Environment and Society

SRU: Sachverständigenrat für Umweltfragen, Berlin

TAB: Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin

UBA: Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau

UfU: Unabhängiges Institut für Umweltfragen, Berlin

UFZ: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Leipzig

VDW: Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Berlin

WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Berlin

WI: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal

WZB: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin

Der Autor

Udo E. Simonis, Professor Emeritus für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Berlin (WZB). Redakteur des JAHRBUCH ÖKOLOGIE (1992-2014). Langjähriges Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Umweltstiftung.

E-Mail: udo.simonis@wzb.eu

Internet: <http://www.wzb.eu>